

# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	25
Erster Teil: Einführung	33
§ 1: Zielsetzung	33
§ 2: Gang der Untersuchung	34
Zweiter Teil: Definition des Begriffes „Privatverhalten“	36
§ 1: Bestandsaufnahme des Gesellschaftsrechts	36
§ 2: Außerdienstliches Verhalten eines Arbeitnehmers und eines Beamten	38
§ 3: Bestimmung des Privatverhaltens eines Vorstandsmitglieds	39
A. Begriff des Verhaltens in Abgrenzung zum Begriff des Zustands	39
B. Privatverhalten in Abgrenzung zu einem dienstlichen Verhalten	40
I. Ablehnung einer rein zeitlichen oder zeitlich-örtlichen Begriffsbestimmung	40
II. Maßgeblichkeit qualitativer Kriterien	41
III. Kein Privatverhalten trotz privaten Bezugs	44
C. Ergebnis	45
Dritter Teil: Stellung eines Vorstandsmitglieds in seiner Aktiengesellschaft	47
§ 1: Vorstandsmitglied als Organperson und Organwalter	47
A. Verwaltungsrechtliche Erkenntnisse	47
B. Vorstand, Aufsichtsrat und Hauptversammlung als Organe, Vorstands-, Aufsichtsratsmitglieder und Aktionäre als Organwalter ihrer Aktiengesellschaft	48
C. Vorstandsmitglied als Organperson seiner Aktiengesellschaft	49
D. Bedeutung eines Vorstandsmitglieds für seine Aktiengesellschaft	50

§ 2: Dualistische Rechtsbeziehung eines Vorstandsmitglieds zu seiner Aktiengesellschaft	52
A. Korporationsrechtliche Ebene	52
B. Schuldrechtliche Ebene	54
C. Verhältnis der Ebenen zueinander	55
Vierter Teil: Verstoß gegen private Verhaltenspflichten als wichtiger Grund für die Abberufung nach § 84 Abs. 3 S. 2 Var. 1 AktG und für die außerordentliche Kündigung nach § 626 Abs. 1 BGB	57
§ 1: Organschaftliche Pflichten als private Verhaltenspflichten	57
A. Organschaftliche Pflichten einer Organperson als Ausgangspunkt privater Verhaltenspflichten	57
I. Anknüpfungspunkt Sorgfaltspflicht	58
II. Anknüpfungspunkt Treuepflicht	59
1. Ausprägungen der Treuepflicht	61
a) Verschwiegenheitspflicht nach § 93 Abs. 1 S. 3 AktG	62
b) Loyalitätspflicht	64
aa) Pflicht zum vollständigen Einsatz der Arbeitskraft	66
bb) Rücksichtnahmepflicht	67
2. Erkenntnis	67
B. Rücksichtnahmepflicht als Anknüpfungspunkt für weitere private Verhaltenspflichten	68
I. Geltung der Rücksichtnahmepflicht im Privatleben	68
1. Wortlaut und Historie	69
2. Zweck	69
3. Dogmatische Verortung	70
4. Parallele zur nachwirkenden Rücksichtnahmepflicht	70
5. Grundgedanken von Treu und Glauben	71
6. Erkenntnis	72
II. Rücksichtnahmepflicht als passive Förderpflicht	72
1. Freiheit von aktiven Förderpflichten im Privatleben	73
2. Gegenstand passiver Förderpflichten	74
3. Erkenntnis	75

III. Konkretisierung als Mittel, um den Inhalt einer privaten Verhaltenspflicht zu bestimmen	76
1. Treuepflichten, die die Erlangung privater Sondervorteile verbieten	76
2. Treuepflichten, die die berufliche Interessenverfolgung betreffen	78
3. Das Erfordernis eines Gesellschaftsbezugs	80
4. Vergleich zu anderen Rechtsgebieten	83
a) Geschäftsführer einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung	83
b) Aufsichtsratsmitglied einer Aktiengesellschaft	84
c) Gesellschafter einer Personenhandelsgesellschaft	85
d) Arbeitnehmer eines privaten Arbeitgebers	86
e) Beamter im Dienst des Staates	86
f) Erkenntnis	87
IV. Ausgestaltung des Gesellschaftsbezugs	88
1. Voraussetzungen eines unmittelbaren Gesellschaftsbezugs	88
a) Verbot des widersprüchlichen Verhaltens aus § 242 BGB	88
b) Übertragung auf das Erfordernis des Gesellschaftsbezugs	89
2. Ungenügen eines mittelbaren Gesellschaftsbezugs	92
a) Vergleich zu außerdienstlichen Verhaltenspflichten eines Arbeitnehmers und Beamten	93
b) Wertung für private Verhaltenspflichten eines Vorstandsmitglieds	95
V. Erfordernis einer Interessenabwägung	97
1. Interessenbestimmung	98
2. Interessenabwägung	99
a) Leitlinien	100
b) Herstellung einer praktischen Konkordanz	101
VI. Zeitpunkt der Geltung der Rücksichtnahmepflicht	102
1. Polizeirechtliche Gefahrenbegriffe	103
2. Wertung für die Rücksichtnahmepflicht eines Vorstandsmitglieds	103
VII. Ergebnis	104

§ 2: Typische Fallgruppen organschaftlicher Pflichten für das Privatverhalten	105
A. Übertragbarkeit arbeits- und beamtenrechtlicher Kriterien	105
I. Übertragbarkeit arbeitsrechtlicher Kriterien	106
II. Übertragbarkeit beamtenrechtlicher Kriterien	110
B. Private Meinungsäußerungen	112
I. Meinungsäußerungen eines Vorstandsmitglieds, die seine Aktiengesellschaft unmittelbar betreffen	112
1. Werturteile	113
a) Abgrenzung zwischen privaten und dienstlichen Äußerungen	113
b) Schmähkritik in Abgrenzung zu einer sachlichen Kritik	114
c) Inhaltlich schädigende Werturteile unterhalb der Schwelle einer Schmähkritik	115
d) Widerspruch zum Unternehmensgegenstand	115
2. Tatsachenäußerungen	116
a) Gesetzliche Pflichten	117
b) Weitere aus der Rücksichtnahmepflicht abgeleitete Pflichten	117
aa) Äußerung unwahrer Tatsachen	118
bb) Äußerung wahrer Tatsachen	118
II. Allgemeinpolitische Äußerungen	121
III. „Beleidigungsfreie“ Zone	122
C. Ehrenamtliches und politisches Engagement	124
I. Pflicht zum vollständigen Einsatz der Arbeitskraft	124
II. Rücksichtnahmepflicht	126
D. Privat verübte Straftaten	126
I. Abgrenzung zwischen privat und dienstlich verübten Straftaten	127
II. Inhalt der Rücksichtnahmepflicht	128
1. Tätigkeitsbezug	128
2. Person des Geschädigten	129
E. Private Vermögensverwaltung	130
I. Eigene Vermögensverwaltung	130
1. Allgemeine Grenzen	131
2. Keine Pflicht, sorgsam mit dem eigenen Vermögen umzugehen	133

3. Pflichten in Bezug zu Produkten seiner Aktiengesellschaft und zu denen der Konkurrenz	134
II. Private Vermögensverwaltung für einen Dritten	135
F. Pflicht, die eigene Gesundheit zu erhalten	136
I. Grundsatz: Keine Pflicht, die eigene Gesundheit zu erhalten	137
II. Ausnahme: Vorhandensein eines Gesellschaftsbezugs	137
III. Ausnahme: Gesundheitsförderung als pflichtenimmanenter Zweck	140
IV. Ausnahme: Pflicht, den Genesungsprozess nicht zu verzögern	141
G. Mitteilungspflichten über das eigene Privatverhalten	143
I. Gesetzliche Mitteilungspflichten nach §§ 131 Abs. 1 S. 1, 90 Abs. 1 AktG	143
II. Mitteilungspflicht als Ausprägung der Loyalitätspflicht	144
1. Erfordernis eines berechtigten Interesses der Aktiengesellschaft	144
2. Verhältnismäßigkeit der Mitteilungspflicht	146
3. Adressat der Mitteilung	148
H. Erkenntnis zu privaten Verhaltenspflichten	149
§ 3: Anstellungsvertragliche Pflichten für das Privatverhalten	149
A. Existenz und Inhalt der schuldrechtlichen Treuepflicht	150
B. Konkretisierungen und Erweiterungen der Rücksichtnahmepflicht	151
I. Kein Entgegenstehen zwingender Normen des Korporationsrechts	151
II. Allgemeine Geschäftsbedingungen in Formularverträgen	152
1. Einbeziehungskontrolle nach § 305c Abs. 1 BGB	154
a) Objektives Element der Ungewöhnlichkeit	154
b) Subjektives Element der Überraschung	157
2. Inhaltskontrolle nach §§ 307 ff. BGB	157
a) Eröffnung der Inhaltskontrolle nach § 307 Abs. 3 S. 1 BGB	157

b)	Unvereinbare Abweichung vom gesetzlichen Leitbild nach § 307 Abs. 1 S. 1, Abs. 2 Nr. 1 BGB	159
aa)	Grundrechtliche Leitbilder als wesentliche Grundgedanken der Loyalitätspflicht	159
bb)	Feststellung der Unvereinbarkeit	160
c)	Transparenzgebot nach § 307 Abs. 1 S. 2 BGB	161
III.	Weitere Grenzen, insbesondere bei individualvertraglichen Vereinbarungen	162
1.	Grenze des § 134 BGB	162
2.	Grenze des § 138 Abs. 1 BGB	164
a)	Tatbestand	164
b)	Anwendungsfälle	165
C.	Beispiele einer anstellungsvertraglichen Vereinbarung privater Verhaltenspflichten	167
I.	Einwilligungsvorbehalt für ehrenamtliches Engagement und sonstige nicht berufliche Nebentätigkeiten	167
II.	Pflichten in Bezug auf die Gesundheit eines Vorstandsmitglieds	169
1.	Pflicht, die eigene Gesundheit zu erhalten	170
2.	Pflicht zur Gesundheitsuntersuchung	171
III.	Residenzpflicht	172
D.	Vorteile einer anstellungsvertraglichen Vereinbarung	174
§ 4:	Exkurs: Private Verhaltenspflichten eines Vorstandsmitglieds in Sonderlagen	174
A.	Private Verhaltenspflichten eines Vorstandsmitglieds nach dem WpHG	175
B.	Aktiengesellschaften mit dem Staat als Aktionär	177
I.	Staat als Aktionär	178
II.	Keine Verstärkung privater Verhaltenspflichten eines Vorstandsmitglieds	179
1.	Gesetzliche Sonderregeln	179
2.	Keine grundsätzliche Änderung privater Verhaltenspflichten	179

III. Vergleich zu außerdienstlichen Verhaltenspflichten eines Arbeitnehmers im öffentlichen Dienst	180
1. Außerdienstliche Verhaltenspflichten eines Arbeitnehmers im öffentlichen Dienst	180
a) Keine besondere außerdienstliche Loyalitätspflicht eines Arbeitnehmers im öffentlichen Dienst	180
b) Politische Treuepflicht	182
2. Probleme der Übertragbarkeit auf ein Vorstandsmitglied	182
a) Erfordernis der Arbeitnehmereigenschaft	183
b) Begrenzung auf den öffentlichen Dienst	183
c) Begrenzung auf hoheitliche Tätigkeiten	184
aa) Definition des Begriffs „hoheitlich“	184
bb) Folgerungen für ein Vorstandsmitglied und seine Aktiengesellschaft	186
IV. Interessen einer Aktiengesellschaft in der Interessenabwägung	186
C. Besondere private Verhaltenspflichten eines Vorstandsmitglieds eines Tendenzunternehmens	188
I. Gesteigerte außerdienstliche Loyalitätspflichten eines Arbeitnehmers, der Tendenzträger eines Tendenzunternehmens ist	189
1. Begriffe des Tendenzunternehmens und des Tendenzträgers	189
2. Tendenzschutz des Tendenzunternehmens und mögliche Folgen für die Loyalitätspflicht eines Arbeitnehmers als Tendenzträger	190
a) Rechtfertigender Grund für die gesetzliche Privilegierung von Tendenzunternehmen	191
b) Geltung und Umfang außerdienstlicher Loyalitätspflichten eines Tendenzträgers	193
II. Gesteigerte private Verhaltenspflichten eines Vorstandsmitglieds	194
1. Aktiengesellschaft als Tendenzunternehmen, Vorstandsmitglied als Tendenzträger	194
a) Aktiengesellschaft als Tendenzunternehmen	195
b) Vorstandsmitglied als Tendenzträger	195

2. Besonderer Grundrechtsschutz eines Tendenzunternehmens mit der Folge gesteigerter privater Rücksichtnahmepflichten eines Vorstandsmitglieds	198
III. Erkenntnis	200
D. Erkenntnis zu privaten Verhaltenspflichten eines Vorstandsmitglieds in Sonderlagen	200
§ 5: Abberufung nach § 84 Abs. 3 S. 2 Var. 1 AktG und außerordentliche Kündigung nach § 626 Abs. 1 BGB wegen eines Verstoßes gegen private Verhaltenspflichten	200
A. Abberufung nach § 84 Abs. 3 S. 2 Var. 1 AktG wegen einer groben Verletzung einer privaten Verhaltenspflicht	201
I. Verletzung einer privaten Verhaltenspflicht	201
II. Grobheit der Pflichtverletzung	202
B. Außerordentliche Kündigung nach § 626 Abs. 1 BGB wegen einer Verletzung einer privaten Verhaltenspflicht	204
I. Abmahnung als milderes Mittel	204
II. Verletzung einer privaten Verhaltenspflicht	206
C. Beispiele	207
I. Privat verübte Straftaten	207
II. Private Meinungsäußerungen	208
Fünfter Teil: Ein durch ein Privatverhalten herbeigeführter Eignungsmangel als wichtiger Grund für die Abberufung nach § 84 Abs. 3 S. 2 Var. 2 AktG und für die außerordentliche Kündigung nach § 626 Abs. 1 BGB	210
§ 1: Ein durch ein Privatverhalten herbeigeführtes Eignungsdefizit eines Vorstandsmitglieds	210
A. Eignungsvoraussetzungen eines Vorstandsmitglieds	210
I. Allgemeine fachliche und personelle Eignungsvoraussetzungen	210
II. Satzungsmäßige Festlegung von Eignungsvoraussetzungen	211



B. Ein durch ein Privatverhalten herbeigeführtes Eignungsdefizit	215
I. Erfordernis eines Zusammenhangs zwischen dem Privatverhalten und der Eignung eines Vorstandsmitglieds	215
II. Beispiele eines Eignungsdefizits	218
1. Wegfall der Familienzugehörigkeit in Familiengesellschaften	218
2. Privat verübte Straftaten	219
3. Überschuldung und Insolvenz	220
4. Unehrenhafte und anrühige Geschäfte	221
5. Beitritt zu einer verbotenen oder extremistischen Vereinigung	222
6. Gesundheit eines Vorstandsmitglieds	224
7. Tendenzwidriges Verhalten in Tendenzunternehmen	225
C. Verhältnis eines Eignungsdefizits und einer Pflichtverletzung in Bezug auf ein Privatverhalten eines Vorstandsmitglieds	225
D. Erkenntnis	226
§ 2: Abberufung nach § 84 Abs. 3 S. 2 Var. 2 AktG und außerordentliche Kündigung nach § 626 Abs. 1 BGB wegen eines durch ein Privatverhalten herbeigeführten Eignungsdefizits	227
A. Abberufung wegen der Unfähigkeit zur ordnungsgemäßen Geschäftsführung nach § 84 Abs. 3 S. 2 Var. 2 AktG	227
I. Begriff der Geschäftsführung	228
II. Begriff der Unfähigkeit	229
III. Eignungsdefizit als Unterfall der Unfähigkeit zur Geschäftsführung	229
IV. Sonderfall: Verdachtsabberufung wegen eines Privatverhaltens	230
V. Verhältnis einer Abberufung wegen der Unfähigkeit zur ordnungsgemäßen Geschäftsführung nach § 84 Abs. 3 S. 2 Var. 2 AktG zu einer Abberufung wegen einer groben Pflichtverletzung nach § 84 Abs. 3 S. 2 Var. 1 AktG	232

B. Außerordentliche Kündigung nach § 626 Abs. 1 BGB wegen eines durch ein Privatverhalten herbeigeführten Eignungsdefizits	233
§ 3: Qualifizierung der Vermeidung eines Eignungsdefizits als Obliegenheit	235
Sechster Teil: Die Wirkung des Privatverhaltens als sonstiger wichtiger Grund für die Abberufung nach § 84 Abs. 3 S. 1 AktG und für die außerordentliche Kündigung nach § 626 Abs. 1 BGB	237
§ 1: Die Wirkung des Privatverhaltens als wichtiger Grund zur Abberufung nach § 84 Abs. 3 S. 1 AktG	237
A. Erfordernis einer Interessenabwägung	238
B. Kriterien der Unzumutbarkeit	241
I. Unterscheidung in verhaltens-, personen- und betriebsbedingte Abberufungsgründe	242
II. Erfordernis einer Auswirkung auf die Aktiengesellschaft	243
1. Konkretisierung der Auswirkungen in Störbereiche	244
2. Störung im Leistungsbereich und im personalen Vertrauensbereich	246
3. Störung im Bereich der betrieblichen Verbundenheit	247
a) Entzug des Vertrauens durch die Hauptversammlung nach § 84 Abs. 3 S. 2 Var. 3 AktG	247
b) Zerwürfnis mit dem Aufsichtsrat	250
c) Sonstige Fälle	251
d) Beispiele aus dem Privatverhalten	252
4. Störung im Unternehmensbereich	253
a) Druckabberufung	254
aa) Ziel: Abwendung einer schweren, konkreten Gefahr für die Aktiengesellschaft	254
bb) Erforderlichkeit der Abberufung	256
cc) Druckabberufung als Unterfall einer Störung im Unternehmensbereich	257

b)	Erfordernis einer konkreten Gefahr eines schweren, erheblichen Schadens	259
aa)	Anforderungen	259
bb)	Privatverhalten als Ursache für einen materiellen Schaden	262
c)	Erfordernis eines immateriellen Schadens	263
aa)	Anerkennung als Abberufungsgrund	263
bb)	Ansehen und Glaubwürdigkeit einer Aktiengesellschaft	265
cc)	Verhältnis des Ansehens eines Vorstandsmitglieds zum Ansehen seiner Aktiengesellschaft	268
(1)	Erfordernis einer Schlüsselposition des Vorstandsmitglieds	269
(2)	Ein dem Ansehen der Aktiengesellschaft widersprechendes Privatverhalten	274
dd)	Bestimmung eines ideellen Schadens der Aktiengesellschaft	276
III.	Gerichtliche Überprüfbarkeit der Abberufungsentscheidung	278
§ 2:	Die Wirkung des Privatverhaltens als sonstiger wichtiger Grund einer außerordentlichen Kündigung nach § 626 Abs. 1 BGB	279
A.	Abberufung nach § 84 Abs. 3 AktG als Voraussetzung einer außerordentlichen Kündigung nach § 626 Abs. 1 BGB	279
B.	Ultima ratio-Funktion einer außerordentlichen Kündigung	280
C.	Der wichtige Grund nach § 626 Abs. 1 BGB	281
I.	Zweistufige Prüfung des wichtigen Grundes	282
1.	Erfordernis einer Interessenabwägung	283
2.	Relevanz der Störbereiche	285
a)	Störung des Bereichs der betrieblichen Verbundenheit	285
aa)	Vertrauensentzug durch die Hauptversammlung	286
bb)	Innerbetriebliche Streitigkeiten	287
b)	Störung des Unternehmensbereichs	287

II. Reduzierte Anforderungen im Vergleich zu einer außerordentlichen Kündigung eines Arbeitnehmers nach § 626 Abs. 1 BGB	289
§ 3: Exkurs: Privatverhalten aus dem Bereich der sexuellen Identität und familiären Lebensplanung als Anknüpfungspunkt einer Druckabberufung und einer Druckkündigung	290
§ 4: Einordnung der Wirkung eines Privatverhaltens als Obliegenheit	292
Siebenter Teil: Kopplungs- oder Gleichlaufklausel	293
§ 1: Die Ermittlung des Gestaltungsbedarfs	293
§ 2: Kopplungs- oder Gleichlaufklausel als Gestaltungsmöglichkeit	294
A. Korporationsrechtliche und schuldrechtliche Bedenken	296
B. Keine analoge Anwendung von § 622 Abs. 6 BGB	298
I. Planwidrige Regelungslücke	298
II. Vergleichbare Interessenlage	299
1. Begründung im Wege einer Gesamtanalogie	299
2. Begründung im Wege einer Einzelanalogie	300
III. Keine Änderung des Ergebnisses bei Berücksichtigung der Rechtsprechung	302
IV. Erkenntnis	303
C. Kontrolle allgemeiner Geschäftsbedingungen	303
I. Einbeziehungskontrolle nach § 305c Abs. 1 BGB	303
II. Transparenzkontrolle nach § 307 Abs. 1 S. 2 BGB	304
III. Unangemessene Benachteiligung nach § 307 Abs. 1 S. 1, Abs. 2 Nr. 2 BGB	305
1. Keine unvereinbare Abweichung von § 620 Abs. 1 BGB	305
2. Keine Abweichung von § 622 Abs. 6 BGB	306
§ 3: Ergebnis	307
Achter Teil: Gesamtergebnis	308
§ 1: Privatverhalten eines Vorstandsmitglieds als Grund für dessen Abberufung nach § 84 Abs. 3 AktG und für dessen außerordentliche Kündigung nach § 626 Abs. 1 BGB	308

§ 2: Rückgriffe auf Lösungsansätze zum außerdienstlichen Verhalten eines Arbeitnehmers, teilweise auch auf die eines Beamten	311
§ 3: Fazit	312
Literaturverzeichnis	315